

Der Epochenbruch in den 1970er-Jahren: Thesen zur Phänomenologie und den Wirkungen des Strukturwandels »nach dem Boom«

Bilanz eines Jahrzehnts

In der zeithistorischen Wissenschaft wird schon seit geraumer Zeit darüber diskutiert, welche Bedeutung und Eigenart den 1970er-Jahren im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zuzuschreiben seien.¹ Frühe Überlegungen über den Charakter der Zeit als »rotes Jahrzehnt«², als »sozialdemokratisches Jahrzehnt« oder vielleicht doch schon als Inkubationsphase des erneuerten konservativen Trends nach 1980 bewegten sich auf dem vertrauten Pfad der Zeitgeschichte seit 1945³, die Jahrzehnt um Jahrzehnt seit den 1950er-Jahren durchmusterte und darauf konzentriert war, die Entwicklung der Nachkriegszeit als Fortschritts- und Wohlstandsgeschichte mitzuvollziehen. Man war gewohnt, dass es aufwärts ging und wollte die Dinge auch dann nicht gern aus einem anderen Blickwinkel sehen, als die Fortschrittslinie hinsichtlich Wohlstand, sozialer Sicherheit und Sozialstaatlichkeit nicht mehr eindeutig anzusteigen schien. Das aber war seit dem Spätherbst 1973 der Fall. Zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, nach 1966/67, kam es zu einer Rezession. Die Arbeitslosenzahlen nahmen wieder zu, diesmal jedoch erzielten die rasch aufgelegten wirtschaftspolitischen Konjunkturmaßnahmen bestenfalls halbe Erfolge. In wichtigen, beschäftigungsintensiven Branchen wie der Textil-, Bekleidungs- oder Werftindustrie traten alle Anzeichen einer Strukturkrise auf und führten zu Unternehmenspleiten, Werkschließungen und Massenentlassungen. Der spektakulärste Fall war die Krise der westeuropäischen Stahlindustrie, deren Firmen sich nach dem Ende des Booms zum Abbau gigantischer, zumeist mithilfe staatlicher Subventionen finanzierter Überkapazitäten genötigt sahen. Gleichzeitig durchlebten industrielle Großunter-

1 Konrad Jarausch (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008; Thomas Raithel et al. (Hg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009; Andreas Rödter, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990*, München 2004.

2 Gerd Koenen, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Köln 2001.

3 Bernd Faulenbach, *Die Siebzigerjahre – ein sozialdemokratisches Jahrzehnt?*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 1–37; Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: ebd., S. 449–478.

nehmen wie VW eine Anpassungskrise, die sie ebenfalls zu drastischen beschäftigungspolitischen Maßnahmen und strategischen Neuorientierungen zwang.

Für das Verständnis der bundesrepublikanischen Entwicklung ist es von größter Bedeutung, sich vor Augen zu führen, dass bis zur zweiten Ölpreiskrise, die nach 1979 einsetzte, bei der Mehrzahl der wirtschaftspolitischen Berater und Entscheider der Eindruck vorherrschte, eine Rückkehr zum Wachstumspfad der 1960er- und 1970er-Jahre sei grundsätzlich möglich. Eine pragmatische Währungs- und Konjunkturpolitik in Verbindung mit einer ambitionierteren Technologie- und Infrastrukturpolitik würde völlig ausreichen. Damit galt sozialliberale Reformpolitik – jetzt als relativ erfolgreiches Krisenmanagement – auch im westeuropäischen und internationalen Vergleich nach wie vor als zukunftsfähig. Vor allem wurde das System sozialstaatlicher Sicherungen systematisch genutzt, um die kurzfristigen Folgen der industriellen Beschäftigungskrise aufzufangen. Insbesondere das Instrument der Frühverrentung diente solchen Zwecken, um auf Kosten der Sozialversicherungssysteme Anpassungsprobleme von Branchen und Betrieben im Einvernehmen von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite »sozialverträglich« zu bewältigen. Erst in den 1980er-Jahren zeigte sich der Strukturbruch im Industriesektor in seiner ganzen Schärfe, als die Arbeitslosenzahl auf 2,3 Millionen stieg und nun auch in der Bundesrepublik – nach Großbritannien, Frankreich und Italien – immer mehr Fabriken geschlossen und die betroffenen Industriestandorte ihrer bisherigen Existenzgrundlage beraubt wurden.

In den alten Industriezentren Ruhrgebiet, Nordostfrankreich mit Belgien und Luxemburg, in Mittelengland und Schottland sind seitdem die Arbeitslosenzahlen hoch geblieben. Diese Tatsache allein verweist auf die dauerhaften Effekte des Strukturbruchs. Die alte Arbeiterkultur des montanindustriellen Zeitalters, die an die maschinell-manuelle Industrieproduktion und die räumliche Nähe von Fabrik und Zuhause gebunden war, begann abzusterben. Um 1980 war das manifest. 1984/85 kam es in England fast zum Bürgerkrieg, als die Bergarbeiter in den Streik traten.⁴ 1987/88 legte der Streik im Rheinhausener Krupp-Stahlwerk, das seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts die Stadt, die Menschen und die Lebensformen geprägt hatte, fast die ganze Region lahm, weil sich die Bevölkerung des Ruhrgebiets mit den Krupp-Arbeitern solidarisierte.⁵ In den Jahren 1984 und 1985 hatten den 2,3 Millionen Arbeitslosen aus den alten Industrien gerade mal 159.000 neue Stellen gegenübergestanden.⁶ Zwischen 1975 und 1995 ist die Welt der Malocher, die von der Arbeit vieler Menschen an den riesen-

4 Siehe Francis Beckett/David Hencke, *Marching to the Fault Line. The Miners' Strike and the Battle for Industrial Britain*, London 2009.

5 Eine zeithistorische Analyse des Ruhrkampfes um das Krupp-Stahlwerk Rheinhausen ist noch nicht geschrieben worden. Vgl. aber Waltraud Bierwirth/Manfred Vollmer, *AufRuhr. Rheinhausen 1987–1997*, Essen 2000. Zur Entwicklung in Frankreich mit Blick auf die Autoindustrie, vgl. Stéphane Beaud/Michel Pialoux, *Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbéliard* (1989), Konstanz 2004.

6 Vgl. Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 237.

haften Maschinen der Hüttenwerke und Zechen bestimmt gewesen war, untergegangen.⁷

Dennoch: Große Teile der Gesellschaft der Bundesrepublik wie auch der westlichen Nachbarländer und Großbritanniens fühlten sich von dem Geschehen nur bedingt betroffen. Die Orientierung am steigenden Wohlstand und gesicherter Sozialstaatlichkeit blieb unverändert, Konsum und Tourismus florierten in den 1970er-, 1980er- und 1990er-Jahren intensiver denn je.⁸ Für die Lebensläufe männlicher deutscher Beschäftigter der alten Industrien war es von großer Bedeutung, dass sie in den Genuss der gerade erst expandierenden Leistungen sozialstaatlicher Sicherungen kamen, als die Strukturkrise ihre alte Arbeitswelt hinwegfegte. Gleichzeitig schienen der Ausbau und die Öffnung des Bildungssystems einer jüngeren Generation von Arbeiter- und Angestelltenkindern eine bessere Zukunft jenseits der alten, schweren Industriearbeit zu eröffnen. Die kollektiven Aufstiegserwartungen wurden gerade in der Bundesrepublik bis weit in die 1980er-Jahre weitergetragen und durch die branchenspezifischen, regionalen Krisenphänomene wenig beeinträchtigt. Dazu trug nicht zuletzt der Ausbau des öffentlichen Dienstes bei, der in dieser Phase die stärksten Beschäftigungszuwächse verzeichnete. Anders als die meisten westeuropäischen Staaten erlebte die Bundesrepublik in den 1970er- und 1980er-Jahren nicht das soziale Drama enorm hochschnellender Jugendarbeitslosigkeit, die in einigen Ländern wie Frankreich oder Italien eine der wichtigsten Folgen dieses Strukturbruchs ausmacht. Aber die Zunahme von subventionierten Zeitarbeitsplätzen (ABM-Maßnahmen) und die Entstehung eines wirtschaftlich vielfach prekären Alternativsektors – zwei Sektoren der Arbeitswelt, die vor allem jüngere Menschen mit ganz unterschiedlichen Qualifikationen betrafen – verweisen auf erste Risse in dem bis dahin so robusten Beschäftigungssystem der Bundesrepublik Deutschland.

Gerade wenn man die westdeutschen Entwicklungen im internationalen Kontext, vor allem jedoch im Vergleich mit den Trends in den mit der Bundesrepublik ökonomisch eng verflochtenen westeuropäischen Ländern betrachtet, fällt auf, dass Strukturbrüche und der revolutionäre Charakter des sozialen Wandels hierzulande weniger scharf oder deutlich später auftraten. Die dominante Stellung vieler Zweige und Unternehmen der westdeutschen Wirtschaft sowie die Widerstandskraft der korporativen Arrangements des 1976 zum Wahlkampfschlager erhobenen »Modells Deutschland« sind hier als wichtige Faktoren der Verzögerung und der Abfederung zu nennen. Ein kurzer Blick nach Großbritannien oder Italien genügt, um das Ausmaß zu ermessen, welches die Anhäufung struktureller Probleme und konjunktureller Schwierigkeiten

⁷ Wolfgang Hindrichs et al., *Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre*, Essen 2000.

⁸ Wolfgang König, *Geschichte der Konsumgesellschaft*, Stuttgart 2000; vgl. Andreas Wirsching, *Konsum statt Arbeit? Zum Wandel von Individualität in der modernen Massengesellschaft*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 57 (2009), S. 171-199; Rüdiger Hachtmann, *Tourismusgeschichte*, Göttingen 2007, S. 170-183.

für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in den 1970er-Jahren in zahlreichen westeuropäischen Ländern mit sich brachte. Dort führte die Kombination von Rezession, Inflation, Reformstau und Strukturkrise der industriellen Großunternehmen zum Einsturz des sozialökonomischen Konsenses der Boomphase. Sie schuf politische und gesellschaftliche Konfliktlagen, welche in der zeitgenössischen Wahrnehmung als eine allgemeine »Krise« von Gesellschaft und Politik erschienen. Davon waren Länder wie die Bundesrepublik, die Schweiz oder Schweden weit entfernt. Dennoch sind strukturelle Gemeinsamkeiten aus heutiger Sicht nicht mehr von der Hand zu weisen: Alle westeuropäischen Länder mussten auf je spezifische Art den Übergang zu neuartiger Ökonomie, Gesellschaft und Politik bewältigen.

Schließlich gelten die 1970er-Jahre übereinstimmend als Krisenjahrzehnt des Keynesianismus. Mit diesem schillernden Begriff ist hier nicht nur das Ensemble nachfrageorientierter makroökonomischer Steuerungsmaßnahmen gemeint, sondern mit ihm bezeichnen wir auch – im Anschluss wiederum an eine breite politikwissenschaftliche und zeitgeschichtliche Deutungsrichtung – das übergreifende politökonomische Ordnungsmodell, das sich seit den 1960er-Jahren mit der Stabilisierung des Booms in den westeuropäischen Staaten weitgehend als Orientierungsrahmen durchgesetzt hatte. Seine wichtigsten Elemente waren die Versuche gesamtgesellschaftlicher Planung beziehungsweise indirekter Steuerung, die Einbeziehung der großen kollektiven Akteure (von den Unternehmerverbänden über die Gewerkschaften bis hin zu Sozialverbänden und Berufsgruppen) in die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit dem Ziel, Konflikte einzuhegen und einen breiten gesellschaftspolitischen Konsens jenseits der parteipolitischen Konflikte herzustellen.⁹ Bekanntlich näherte sich die Bundesrepublik in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren diesem Ideal weitgehend an, aber sie stand damit in Europa nicht allein, wie ein Blick in die Schweiz, Österreich, die Beneluxstaaten oder Skandinavien zeigen kann.

Die Krise des Keynesianismus setzte zwischen 1971 und 1973 ein, als die westlichen Industrieländer die Steuerungskompetenz im Wirtschaftsgeschehen einbüßten. Um 1980 erfolgte dann der Durchbruch des Neoliberalismus, dessen makroökonomische Theorie des Monetarismus schon seit Längerem viele Fürsprecher gefunden hatte. Wichtiger als die damals zweifellos sinnvolle Neuausrichtung der volkswirtschaftlichen Leitprinzipien war jedoch die ideologische Begründung aus der Denkschule Friedrich von Hayeks. Dieser sogenannte *Neoliberalismus* denunzierte den *Konsens* und die gesamtwirtschaftliche *Planung* im Sinne keynesianischer Globalsteuerung als Sozialismus, und das bedeutete schlicht: unfrei. Die Erfahrung der Konfrontation von Faschismus/Nationalsozialismus und Bolschewismus ließ ihn zum fanatischen Gegner jeglicher Form von Regelung, Planung und staatlicher Steuerungskompetenz werden. In der *Mont Pèlerin Society*, einer 1947 gegründeten wirtschaftsliberalen Vereini-

⁹ Zur Problematik des Konsensliberalismus siehe Julia Angster, *Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB*, München 2003.

gung, wurden diese Auffassungen mit den Theorien der Chicagoer Schule der Volkswirtschaft verkoppelt.¹⁰ Die »Chicago Boys« um Milton Friedman unterstützten 1973 die amerikanische Politik beim erfolgreichen Putsch gegen Chiles sozialistischen Präsidenten Salvador Allende. 1974 und 1976 wurden Friedrich von Hayek und Milton Friedman mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet. Der Durchbruch ihrer Ideen in der staatlichen ökonomischen Praxis war mit dem Regierungsantritt von Margaret Thatcher und Ronald Reagan 1979/80 manifest. Jetzt wurde die *Freiheit* gegen den *Konsens* in Stellung gebracht und das vom Keynesianismus beeinflusste politökonomische Denken in offener Feldschlacht bekämpft. Die Politik des Konsenses, hieß es jetzt, mache die Menschen initiativlos, träge und bequem. Dagegen wurde die Parole gestellt, dass sich Leistung »wieder lohnen« müsse.¹¹ Leistung könne nur der Einzelne erbringen, wenn er die Freiheit habe, sich nach seinen Kräften zu entfalten. Dazu gehörte dann die Feststellung von Frau Thatcher, dass es so etwas wie Gesellschaft gar nicht gebe, sondern nur einzelne Menschen, die Familien und dann, natürlich, die Nation.¹²

In seiner programmatischen Rigorosität stieß der Thatcherismus im übrigen Westeuropa weitgehend auf Ablehnung oder sorgte doch zumindest für Irritationen, die es den Anhängern und Bewunderern der »eisernen Lady« nahelegten, behutsamer vorzugehen und ideologisch kompromissbereit zu sein. Dennoch ist bereits in den 1980er-Jahren unübersehbar, dass in westeuropäischen Ländern, deren währungs- und finanzpolitische Spielräume in dramatischer Weise enger geworden waren, in Italien und Frankreich etwa, gerade auch maßgebliche Kräfte der politischen Linken eine wirtschaftspolitische Kehrtwende vollzogen und die schrittweise Abkehr vom Keynesianismus einleiteten. Jenseits der parteipolitischen Konstellationen, langfristiger Pfadabhängigkeiten nationaler Wohlfahrtsregime oder sozialkultureller Besonderheiten wurde ganz Westeuropa von den grundlegenden Trends erfasst, die wir hier diskutieren. Das ist der widersprüchliche Gesamteindruck, den wir in der Epoche nach dem Boom gewinnen und den es gesellschaftspolitisch, politökonomisch und ideologiekritisch zu analysieren gilt.

10 Bernhard Walpen, *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg 2004.

11 Vgl. Andreas Wirsching, *Abschied*, S. 11-106, der die Wahlkampfstrategie der CDU/CSU unter Helmut Kohl gegen die SPD unter Helmut Schmidt beschreibt (S. 40-46).

12 Vgl. Bernard Wasserstein, *Barbarism and Civilisation. A History of Europe in Our Time*, Oxford 2007, S. 636 f., mit dem Verweis auf Thatchers Interview für die Zeitschrift »Women's Own« v. 23.9.1987, in der sie die Frage stellte »Who is society?« und die Antwort gab: »There is no such thing! There are individual men and women and there are families«.

Strukturbruch und sozialer Wandel revolutionärer Qualität – ein Deutungsansatz

Wir formulieren die These, dass die Entwicklung seit den 1970er-Jahren einen *Strukturbruch* der Industriemoderne sichtbar werden ließ. Deshalb betrachten wir die Zeit seit etwa 1975 als eine Epoche eigenen historischen Rechts, die zur Gegenwart hin noch nicht abgeschlossen zu sein scheint. Daraus erklärt sich die nur zur Vergangenheit hin eindeutige Bezeichnung »nach dem Boom«. ¹³ Angesichts der bis heute spürbaren, scheinbar widersprüchlichen Verkopplung von Kontinuitäten und Wandlungsprozessen sprechen wir gleichwohl umfassend von *sozialem Wandel von revolutionärer Qualität*, weil die Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft so dynamisch vorstattengehen, dass auch innerhalb von Kontinuitätsstrukturen der Wandel des Gewohnten ins Auge sticht. Als Beispiel aus dem Bereich der Sozialstaatlichkeit soll die Sicherung der Rentner genannt werden, die seit der Einführung der »dynamischen Rente« 1957 vom steigenden Lohnniveau und dem allgemeinen Wohlstand profitieren konnten. Seit dem Übergang von den 1980er- zu den 1990er-Jahren hat sich zwar an der materiellen Sicherheit der Rentner nichts Gravierendes verändert, aber die Gewissheit, dass die Renten sicher seien, gibt es nicht mehr. Für junge Arbeitnehmer in der Gegenwart – Arbeiter wie Angestellte – scheint es unbestreitbar so zu sein, dass deren materielle Lage im Alter keineswegs »sicher« ist, wenn sie sich nicht schon heute um zusätzliche private Vorsorge kümmern. Anders gesagt: Ein *rocher de bronze* des Wohlfahrtsstaats steht auch in der Epoche nach dem Boom vor aller Augen, aber seine Festigkeit und Verlässlichkeit ist fragwürdig geworden. Kontinuität und Wandel interagieren hier, und der Grund dafür besteht keineswegs nur in der demografischen Entwicklung. Hier ist vielmehr die Wirkung eines makroökonomischen Prinzips – man könnte auch sagen: einer Wirtschaftsideologie – zu spüren, die es nicht zulassen will, dass einzelnen Menschen oder bestimmten Personengruppen im Sozialstaat durch politische Maßnahmen im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses das Gefühl der Zukunftssicherheit als Lohn für lebenslange Arbeit gegeben wird. Materielle und ideelle Faktoren wirken zusammen. ¹⁴

Zwei weitere große »Basisprozesse« sozialen Wandels in dieser Epoche seien hier noch einmal in Erinnerung gerufen. Zum einen nahm die Erwerbstätigkeit von Frauen kontinuierlich zu: In 20 Jahren, zwischen 1973 und 1993, stieg die Erwerbsquote von Frauen in den westeuropäischen Ländern kontinuierlich an (von 44,7 auf 60,6 Prozent). Die revolutionäre Qualität dieses Prozesses wird besser sichtbar, wenn man sich

¹³ Vgl. unsere ausführlichere Argumentation: Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*, Göttingen 2010.

¹⁴ Vgl. Diana Wehlaub, *Lobbyismus und Rentenreform. Der Einfluss der Finanzdienstleistungsbranche auf die Teil-Privatisierung der Alterssicherung*, Wiesbaden 2009.

vor Augen führt, dass sich im selben Zeitraum die Differenz zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen mehr als halbierte (von 44 auf 19,5 Prozent). Diese Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben ist zum Normalfall geworden, hat die Zukunftserwartungen und Strategien der unterschiedlichsten Akteure, von Unternehmern, Politikern über Paare und Familien bis hin zu heranwachsenden Mädchen beziehungsweise jungen Frauen bestimmt. Dieses Bündel von kleinen Veränderungen ergibt zusammen ein Gesamtbild, das 1995 oder 2010 völlig anders ist, als es 1973 war.

Die Expansion des Bildungswesens liefert das zweite Beispiel für einen solchen Wandel von revolutionärer Qualität, der sich Jahr für Jahr mit der Einschreibung von mehr Studierenden, mit dem Erwerb von mehr Hochschuldiplomen nach den großen Reformdebatten der 1960er und frühen 1970er-Jahre geradezu unauffällig, fast wie ein Naturprozess vollzog und an dessen Ende eine tief greifende Krise der Bildungsinstitutionen, ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Zielsetzungen stand und steht. Für die Bundesrepublik Deutschland etwa markiert der sogenannte Öffnungsbeschluss des Jahres 1977, der den Universitäten die Aufnahme einer stetig wachsenden Zahl von Studierenden ohne weiteren adäquaten Ausbau von Infrastruktur und Personal aufbürdete und zunächst nur als Provisorium angesichts finanzieller Engpässe gedacht war, eine Zäsur, deren langfristige Folgen erst in den Debatten um den sogenannten »Bologna-Prozess« wieder ins allgemeine Bewusstsein gerückt sind.

Wir versuchen das Geschehen in der Epoche nach dem Boom – Strukturbruch und revolutionären Wandel – so zu erklären, dass wir das unvermutete Zusammentreffen dreier im Ursprung völlig unabhängiger Komponenten betonen, um dessen Wirkungen zu untersuchen. Die erste Komponente besteht in der *Digitalisierung*, die zweite wird durch die Wirtschaftstheorie des Monetarismus in Verbindung mit der marktradikalen Ideologie von »Freiheit« gebildet, die auf die Ökonomen Milton Friedman und Friedrich August von Hayek zurückgeht und umgangssprachlich als *Neoliberalismus* bezeichnet wird. Die dritte Komponente besteht in einem Gesellschaftsmodell und Menschenbild, das auf die Entfaltung des Individuums setzt, auf die schöpferische Kraft seiner Kreativität und in paradoxer Weise Authentizität und Flexibilität aufs Engste miteinander verbindet. Im Leitbild des »unternehmerischen Selbst« hat dieses Ordnungsmuster wirkungsmächtige Motivationskraft zunächst für kleine Minderheiten, dann aber für eine immer größere Zahl von Menschen entfaltet. Gleichzeitig diente es auch als plausibles Legitimationsargument bei der Umgestaltung von Großorganisationen, bei der Neujustierung der Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie, zwischen Individuum und Gesellschaft.

Das spätere Resultat der Komponentenfusion ist der sich in den 1990er-Jahren entfaltende *digitale Finanzmarktkapitalismus*, dessen Eigenart darin besteht, industrielle und industriegesellschaftliche Substanz durch Privatisierung und Kapitalisierung zu vermarkten, den Mehrwert aus dem Vermarktungsprozess abzuschöpfen und die daraus entstehenden gigantischen Kapitalbeträge *online* um den Globus kreisen zu lassen, immer auf der Suche nach der nächstgeeigneten Anlage, um wieder Mehrwert

zu erzielen.¹⁵ Die weltweite Finanzmarktkrise 2008/2009 hat nach dem Crash des spekulativen Booms der *New Economy* im Jahr 2000/01 in bislang ungeahnter Deutlichkeit gezeigt, welche Risiken diesem Spiel innewohnen. Sie hat vor allem gezeigt, welches Maß an Verantwortungsmangel und Rücksichtslosigkeit vorherrscht, seit *Freiheit* zum primären Orientierungswert im weltweit deregulierten ökonomischen Handeln geworden ist. Blickt man zurück in die 1960er- und 1970er-Jahre, dann springt ins Auge, in welchem hohem Maß nationalstaatliche oder regionale standortbezogene Verortungen als Orientierungspunkt für die Akteure der internationalen Finanzmärkte an Bedeutung verloren haben. In allen westeuropäischen Ländern ist deshalb der Rückzug des Staates aus früheren wirtschaftlichen Unternehmungen – also die Geschichte der Privatisierung von Betrieben in öffentlichem Besitz und der Deregulierung bisher dem Markt entzogener Bereiche öffentlicher Dienstleistungen – ein besonders wichtiges Thema. Es erlaubt es, die Ausgestaltung der neuen Beziehungen zwischen Privatwirtschaft und Staat, zwischen politischen und wirtschaftlichen Eliten seit den 1970er-Jahren zu untersuchen. Erst auf der Grundlage von digitaler Technik und Kommunikation in Echtzeit hat jedoch die Finanzmarktkrise des Jahres 2008/09 ihre Eigenart gewonnen, die sie vom Zusammenbruch der New Yorker Börse 1929 und der Weltwirtschaftskrise 1930 bis 1933 unterscheidet.

Alle drei Komponenten brauchten gut drei Jahrzehnte, um sich zu entwickeln, in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Kultur Fuß zu fassen und schließlich die Lebenswelten weiter Bevölkerungsmehrheiten zu bestimmen. Die Wege zur Durchsetzung verliefen ganz unterschiedlich. Gerade die Kreuzungspunkte verdienen die besondere Aufmerksamkeit der Historiker und sind noch längst nicht alle aufgespürt. Für die Untersuchung gerade der Arbeitswelten der 1970er- und 1980er-Jahre ist es von Bedeutung, dabei den Ort der Unternehmen genauer in den Blick zu nehmen. Der Weg von der gewerkschaftlichen Mitbestimmung oder betrieblichen Personalvertretung als dem Königsweg zur Demokratisierung der Wirtschaft und zur stärkeren Partizipation der Beschäftigten im Betrieb hin zur Durchsetzung von Qualitätszirkeln, individualisierter Personalführung und »flachen« Hierarchien ist ein solcher Pfad.

Gerade in der Bundesrepublik öffnete sich frühzeitig die Kluft zwischen der gewerkschaftlich artikulierten Kritik, dass sich die Beschäftigten nur mangelhaft an der Gestaltung und Weiterentwicklung der Arbeitsprozesse und -bedingungen beteiligten, einerseits, und, andererseits, der oft viel radikaleren Kritik an den Hierarchien und bürokratischen Strukturen großer Unternehmen sowie ihren technologischen, vor allem energiepolitischen Orientierungen. Beide Stränge fanden sich zusammen in einer umso

¹⁵ Vgl. Mathias Albert et al., *Die Neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung der Ökonomie*, Frankfurt a. M. 1999; Paul Windolf, *Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus?*, in: ders. (Hg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Wiesbaden 2005, S. 20-57; Christoph Deutschmann, *Finanzmarkt-Kapitalismus und Wachstumskrise*, in: ebd., S. 58-84.

deutlicheren Kritik am traditionellen Selbstverständnis und Führungsstil westdeutscher Großunternehmen. Dem konnten sich in Zeiten beschleunigten Strukturwandels in allen wichtigen Branchen und im Zeichen kriseninduzierter Anpassungszwänge an internationale Marktentwicklungen auf Dauer auch die fest etablierten Strukturen – verkörpert in der älteren Generation deutscher Manager – nicht entziehen. Die Neuorientierung von Management und Personalführungen in den Großunternehmen gehört zu den bislang erst in Ansätzen erforschten Themen in der Epoche nach dem Boom.¹⁶ Deshalb ist es noch viel zu früh für generalisierende Aussagen über die konkrete Ausgestaltung betrieblicher Realitäten entlang jener Leitbilder und Rezepturen neuer Unternehmensgestaltung, die in der ambitioniertesten Ratgeberliteratur der 1970er-Jahre bereits formuliert und von neuen Zeitschriften wie *Capital* auch publizistisch unterstützt worden sind. In jedem Fall boten Fusionen und Neugründungen von Unternehmen seit den 1980er-Jahren immer mehr Anlässe für einschneidende Reformen und Umorganisationen, die auch die westdeutschen Arbeitswelten und vor allem deren mittlere und obere Etagen immer stärker mit dem neuen Geist des Kapitalismus imprägnierten, dessen diskursive Grundelemente für Frankreich vorbildlich in der Studie von Boltanski und Chiapello herausgearbeitet worden sind.¹⁷

Die Krise der Gewerkschaften im Betrieb war nicht nur eine klassische Schwächeperiode, angesichts geschwächter Verhandlungsmacht in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und der Zunahme unternehmerischen Druckes, sondern sie war seit den 1980er-Jahren in immer stärkerem Maß auch geprägt von der Delegitimierung der Gewerkschaften durch unternehmerfreundliche beziehungsweise -neutrale Diskurse individueller Selbstentfaltung und Kreativität, die sich pauschal gegen Bürokratien jeglicher Art und staatliche »Gängelung« sowie gegen »kollektivistische« gewerkschaftliche Gegenmacht richteten. Der Markt und die Freiheit beziehungsweise Kreativität unternehmerischen Handelns wurden dagegen vor allem als Chance für die Realisierung von Zukunftsvisionen ausgegeben. Die Fusion einer ursprünglich unternehmerfeindlichen, wenn auch nicht marktfeindlichen Strömung innerhalb der Kapitalismuskritik der Achtundsechziger mit neuen Managementkonzepten, die auf den Bruch mit der Tradition hierarchischer und autoritärer Unternehmensführung setzten, ist deshalb hier von besonderem Interesse. Gerade die strukturellen Zwänge zur Internationalisierung – erkennbar etwa in der zeitgenössischen Dynamik gerade auch europäischer multinationaler Unternehmensgründungen – wirkten als ein weiterer Pfad, auf dem neue Ideen in Unternehmen Einzug hielten und dort zu Argumentationshilfen neuer Generationen von Managern, aber auch von Mitarbeitern auf den unterschiedlichsten Stufen und Zweigen der Organisation und Produktion im Kampf um betriebliche Machtpositionen wurden. Die Abkehr von etablierten Arbeitsteilungen und der Machtverteilung in der fordistischen Produktion und den hie-

¹⁶ Ruth Rosenberger, *Experten für Humankapital*, München 2008.

¹⁷ Luc Boltanski/Ève Chiapello, *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz 1999.

rarchisch-bürokratisierten Großunternehmen ist ein Thema, das seit den 1970er-Jahren in unterschiedlichen Schüben die Einführung neuer digitalisierter Fertigungsprozesse beziehungsweise Arbeitsabläufe begleitet hat. Die wachsende Bedeutung der Aktienmärkte und der dort agierenden Akteure des Finanzkapitals für die Unternehmen ist ein weiteres Arbeitsfeld, das in den Blick genommen werden muss. Vieles spricht dafür, dass dies das vielleicht letzte Kapitel in der Durchsetzung des digitalen Finanzmarktkapitalismus in der Bundesrepublik darstellen wird. Zumindest deuten erste Untersuchungen darauf hin, dass die »Deutschland-AG«, das eng verflochtene Netzwerk zwischen industriellen Großunternehmen, Großbanken und Versicherungen, die Krisen der 1970er- und 1980er-Jahre noch ohne tiefe Einschnitte überlebt hat, nach 1995 dann aber sehr schnell von der Bildfläche verschwand.¹⁸

Damit ist in groben Zügen ein weites Terrain künftiger Forschung abgesteckt. Im Folgenden möchten wir, anknüpfend an unseren 2008 publizierten Essay, einige zentrale ideen- und politikgeschichtliche Zusammenhänge erörtern, die mit einem solchen, letztlich politökonomischen Konzept des Strukturbruchs verbunden sind.

Die ideen- und politikgeschichtlichen Zusammenhänge des Strukturbruchs

Der Begriff – oder besser gesagt: das Problem *Freiheit* – bildet die Klammer zwischen drei Komponenten. Denn erstens geht die Entstehung der »Cyberculture« in der Geschichte der Digitalisierung auf die jugendliche Gegenkultur zurück, die im Übergang von den 1950er- zu den 1960er-Jahren gegen die mentale Enge, die rassistische und schichtenspezifische Intoleranz und die politisch-ideologische Verkrustung der weißen Mittelschichten an der amerikanischen Westküste entstand.¹⁹ Die Kommunikation von Studierenden im »Whole Earth Network« nutzte die aus dem militärischen Sicherheitskonzept der USA nach dem Sputnikschock (1957) resultierende Technik des ARPA-Net, um Kommunikation aller Beteiligten zu jeder Zeit an jedem Ort zu ermöglichen. Das waren die Anfänge der virtuellen Vernetzung. Das Ziel war »Freiheit« von den Beengungen der realen Welt, wie sie um 1965 war. Die enorme Bedeutung des Zusammenspiels von Realität und Virtualität im Alltagsleben späterer Jahre wird bereits fassbar.²⁰ Verflüssigung des Realen und die Beschleunigung von Kommunikation wurde in den 1980er-Jahren allmählich auch in der Industrieproduktion und den

¹⁸ Jürgen Beyer, Globalisierung und Verflechtung – die Auflösung der »Deutschland AG«, in: Rudolf Stichweh/Paul Windolf (Hg.), Inklusion und Exklusion. Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit, Wiesbaden 2009, S. 303-321.

¹⁹ Fred Turner, From Counterculture to Cyberculture. Stewart Brand, The Whole Earth Network, and the Rise of Digital Utopianism, Chicago/London 2006.

²⁰ Vgl. Manuel Castells, Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft, Wiesbaden 2005.

Dienstleistungen spürbar. So bewirkte der Mikrochip als neuer Grundstoff der industriellen Welt die Herausbildung neuer technologischer Standards. Lagerhaltung, Lieferung und Fertigung wurden in Schüben seit den 1970er-Jahren »revolutioniert«, im Ergebnis konnten sich Unternehmen jetzt überall dort niederlassen, wo es für sie finanziell und logistisch vorteilhaft war. Gleichzeitig setzte sich das Leitbild des vernetzten Unternehmens durch, das faktisch mit der Auslagerung und Neuverteilung von Arbeits- und Fertigungsprozessen verbunden war. »Standortkonkurrenz« stieg zu einem immer wirksameren wirtschaftspolitischen Argument und unternehmerischen Druckmittel auf. Die *freie* Wahl des Produktionsstandorts verdichtete sich vor allem nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Wirtschaftssysteme Osteuropas, der Sowjetunion und der Öffnung Chinas zur Realität von Produktionsverlagerungen. Dazu bedurfte es jedoch immer noch des elaborierten branchenspezifischen und EDV-technischen Wissens der Mitarbeiter. Gleichzeitig wurde die an ältere Fertigungsverfahren gebundene Kompetenz von Arbeitern in der Produktion entwertet und nach der Einführung neuer Produktionsverfahren auch gar nicht länger benötigt. Der rasant wachsenden Mobilität des Kapitals entsprach so aufseiten des Faktors Arbeit ein wachsender Zwang zur Mobilität. Zahlreiche statistische Indikatoren belegen diesen sozialen Wandel: Die Distanz zwischen Wohnung und Arbeitsplatz wurde größer, Auslandsentsendung beziehungsweise längere Aufenthalte an entfernteren Arbeitsplätzen für Mitarbeiter wurden häufiger. Der tägliche oder wöchentliche Berufspendler über größere Distanzen entwickelte sich – verstärkt noch durch die Zunahme von Wohneigentum und durch steigende Miet- und Grundstückspreise in den Ballungsgebieten – zu einer typischen Sozialfigur der westeuropäischen Gesellschaften. Mobilität bedeutete also die alltagskulturelle Grundierung von *Freiheit*. Die soziokulturellen Begleiterscheinungen beziehungsweise Folgen dieses Trends beschäftigten nicht nur die ökologischen Kritiker dieses Lebensstils, welche die vielfältigen Belastungen für die Umwelt, aber auch für die Menschen bilanzierten, sondern inspirierten auch die soziologische Zeitdiagnostik. Sie extrapolierte diesen Trend zur These, die Standortgebundenheit von Arbeitsplatz und Wohnung nach dem Modell der »schweren Moderne« sei überflüssig geworden. Die Menschen hatten sich *frei* zu fühlen – frei von Verpflichtungen, frei von Bindungen.²¹

Die *Freiheit* im digitalen Finanzmarktkapitalismus war, zweitens, auch Entankerung.²² Das ergab sich aus den praktischen Wirkungen, die die Wirtschaftsideologie der »Evangelisten des Marktes« erzeugte.²³ Die monetaristische Theorie Milton Friedmans und Hayeks Theorie von Freiheit, die mit guten Gründen als »eiserner Käfig« bezeich-

21 Zygmunt Bauman, *Flüchtige Moderne*, Frankfurt a. M. 2003, S. 136-141 et passim.

22 Zu den anthropologischen Verwerfungen infolge von *Freiheit* vgl. Richard Sennett, *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin 2006.

23 Vgl. Keith Dixon, *Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus*, Konstanz 2000.

net worden ist, kannten nur einen Gegner, und das war die Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie ihres Vorläufers John Maynard Keynes.²⁴ Keynes hatte seine Vorstellungen von einer fiskalpolitischen Globalsteuerung der Wirtschaft und der Gesellschaft vor dem Hintergrund seiner eigenen Lebenserfahrung seit dem Ersten Weltkrieg und angesichts der Weltwirtschaftskrise nach 1930 entwickelt. Er erkannte, dass weder das einzelne Unternehmen noch ein einzelner Arbeitnehmer angesichts der Komplexität moderner Industriesysteme in der Lage sein konnte, die ökonomische Sicherheit für sich zu gewährleisten. *Sicherheit* war eine der zentralen Kategorien im makroökonomischen Denken von Keynes.²⁵ Er suchte nach Möglichkeiten zur Sicherstellung gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und bot Lösungen an, die im amerikanischen *New Deal*, im westeuropäischen Wiederaufbau mit dem politökonomischen Steuerungsinstrument des Marshall-Plans und in der Zeit des Nachkriegsbooms bestimmend werden sollten.²⁶ Die fiskalpolitische Globalsteuerung zielte auf Gleichgewicht und setzte die Planbarkeit der makroökonomischen Rahmenbedingungen voraus. Das erforderte *Konsens* in der Gesellschaft hinsichtlich der politisch-staatlichen Ordnung, denn der Staat hatte die Steuerungskompetenz. Das liberale Ordnungsmodell der parlamentarischen Demokratie und die gegenseitige Loyalitätsbindung zwischen Bürger und Staat, die sich nicht zuletzt in der Wahlbeteiligung regelmäßig niederschlägt, gehörten dazu. Und ebenso gehörten Konsenswillen und Konsensfähigkeit der Tarifparteien und der Regierung dazu.²⁷ Das waren der *liberale* und der *kapitalistische Konsens*, mit dem der Keynesianismus in der Bundesrepublik seit den 1960er-Jahren, nach einer Inkubationszeit von etwa einem Jahrzehnt, zum dominierenden politökonomischen Handlungsmuster wurde.²⁸ Ideologie und Praxis waren an ein nahezu axiomatisches

24 Ingo Pies/Martin Leschke (Hg.), Milton Friedmans ökonomischer Liberalismus, Tübingen 2004; Hauke Janssen, Milton Friedman und die »monetaristische Revolution« in Deutschland, Marburg 2006; Bruce Caldwell, Hayek's Challenge. An Intellectual Biography of F. A. Hayek, Chicago/London 2004; Andrew Gamble, Hayek. The iron cage of liberty, Cambridge 1996.

25 Vgl. dazu Tony Judt, What Is Living and What Is Dead in Social Democracy, in: The New York Review of Books, 17.12.2009, S. 86-96. Es ist gewiss kein Zufall, dass die neueste Gesamtdarstellung westdeutscher Nachkriegsgeschichte die Kategorie *Sicherheit* zum roten Faden nimmt: Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

26 Vgl. die kurze Übersicht von Gerhard Willke, John Maynard Keynes, Frankfurt a. M./New York 2002.

27 Zum »Rheinischen Kapitalismus« als der bundesdeutschen Kombination aus Ordoliberalismus und Keynesianismus siehe Michel Albert, Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt a. M./New York 1992; Werner Abelshausen, Kulturkampf. Der deutsche Weg in die Neue Wirtschaft und die amerikanische Herausforderung, Berlin 2003.

28 Vgl. Julia Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Vgl. auch die differenzierte Analyse des liberalen Konsenses bei Michael Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive? Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen, München 1998. Zum weiteren Kontext siehe Anselm Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert, Göttingen 1999.

Verständnis von *Fortschritt* und *Modernisierung* gebunden und beeinflussten dadurch in der Zeit von etwa 1960/65 bis 1975/80 die Sozialkultur in allen westeuropäischen Ländern. Keynesianismus und Sozialdemokratie gingen in dieser Zeit eine symbiotische Verbindung ein, deren größte Erfolge in die Jahre von 1966 bis 1971/72 fielen.²⁹ Sozialdemokratische Nachwuchskräfte, die in dieser Zeit des Modernisierungs- und Fortschrittsdenkens sozialisiert wurden, hielten an diesen tief internalisierten Impulsen noch nach Jahrzehnten fest, als sie selbst an die Macht gekommen waren, auch wenn sich die Handlungsmuster der politischen Ökonomie und der Gesellschaftspolitik fast in ihr Gegenteil verkehrt hatten. Diese Politiker, in Deutschland die »Enkel« Willy Brandts, in Großbritannien die »Söhne« Margaret Thatchers, trugen dazu bei, dass nach 1995/99 sozialdemokratische Politik mit den Prinzipien des digitalen Finanzmarktkapitalismus verkoppelt wurde, denn jetzt galt dieses Wirtschaftsprinzip als Gewährleistung von *Fortschritt*.³⁰

Die dritte Komponente von *Freiheit* lässt sich in Anknüpfung an die Studie von Luc Boltanski und Ève Chiapello als »neuer Geist des Kapitalismus« fassen. Die Herkunft dieser auf das Individuum beziehungsweise Unternehmen und seine Netzwerke zentrierten Sicht der sozialen Welt aus der Kapitalismus- und Gesellschaftskritik der Studenten- und kulturellen Protestbewegung der Achtundsechziger verweist bereits darauf, dass die 1970er-Jahre ein wichtiges Jahrzehnt der Transformationen und Neujustierungen darstellten. In diesen Jahren wurden zentrale Elemente einer libertären, künstlerischen Kapitalismuskritik der 1960er-Jahre zu Bestandteilen von Managementkonzeptionen der 1990er-Jahre umgearbeitet. Der Weg dorthin ist alles andere als klar und geradlinig und für die Bundesrepublik anders als etwa für Frankreich auch noch längst nicht untersucht. Hier wird auch die enge Verbindung von ideen-, sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Fragestellungen und Perspektiven deutlich. Die »Gurus« neuer Unternehmenskonzepte bedienten sich der vielfältigen Anregungen, welche die Gegen- und Alternativkulturen in ihren Nischen weit entfernt von den kulturellen Gewissheiten des sogenannten »Establishments« hervorgebracht hatten.

²⁹ Vgl. Stephen Padgett/William E. Paterson, *A History of Social Democracy in Postwar Europe*, London/New York 1991; zur Entwicklung nach 1975 vgl. Fritz W. Scharpf, *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*, Frankfurt a. M./New York 1987.

³⁰ Matthias Micus, *Die »Enkel« Willy Brandts. Aufstieg und Politikstil einer SPD-Generation*, Frankfurt a. M./New York 2005; Simon Jenkins, *Thatcher and Sons. A Revolution in Three Acts*, London 2007.

Fazit: Die Epoche nach dem Boom und die Fragen der Gegenwart

Wir wollen versuchen, die bis hierhin angedeuteten Entwicklungsstränge zusammenzuführen. Der *Strukturbruch* in der Epoche nach dem Boom erweist sich als eine Multiplizität von Abbrüchen und Umbrüchen, die oftmals von Kontinuitäten in bestimmten Strukturen, zum Beispiel denen des Sozialstaats, oder von Kontinuitäten in gesellschaftlichen Verhaltensweisen überdeckt wurden. Es gab keinen glatten Bruch, keinen Abriss, keinen Neuanfang, sondern Brüche und Verwerfungen, Niedergang hier und dort und demgegenüber hoffnungsvolle, nicht selten mitreißende Neuanfänge und hoch gespannte Zukunftserwartungen. Dennoch erkennen wir im Zerfall der Traditionsindustrien, in der abnehmenden Bedeutung von Standortgebundenheit und der Transformation der Lebenswelten der Menschen an den alten Industriestandorten Phänomene, die zusammengenommen einen Bruch zwischen der Industriekultur seit den Anfängen der Hochindustrialisierung um 1890 und der neuen Arbeitnehmerkultur in der digitalisierten Industrieproduktion der Gegenwart seit 1980/90 ausmachen. Wir erkennen das Ende eines international gültigen makroökonomischen Gesamtzusammenhangs, der seit den späten 1950er-, frühen 1960er-Jahren keynesianisch grundiert war und auf der Voraussetzung fußte, dass der Staat sowohl berechtigt als auch verpflichtet sei, durch Globalsteuerung den kapitalistischen Konsens herzustellen, der eine linksliberale und sozialdemokratische Färbung aufwies. Wir erkennen zudem die Auflösung scheinbar fester Strukturmuster, die in den Bereichen von Kommunikation, Information, Verkehr und Mobilität dadurch ermöglicht wurde, dass mittels Digitalisierung Strukturen sich gewissermaßen verflüssigten und infolge einer größeren Mobilität sich auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen stark beschleunigten.

Dennoch: Aus den zeitlich weit streuenden, jeweils ganz unterschiedliche Ausschnitte der historischen Wirklichkeit betreffenden Phänomenen allein lässt sich – das ist uns bewusst – die hier vorgetragene Deutung nicht einfach »ableiten«. Sie beruht allerdings auch auf der kritisch reflektierten Wahrnehmung gegenwärtiger Trends. Wer von einem Strukturbruch und von sozialem Wandel revolutionärer Gestalt spricht, tut dies vor dem Hintergrund gegenwärtiger Problemwahrnehmungen. Diese Perspektivität wird besonders deutlich bei der von uns bewusst paradox formulierten Kategorie *sozialer Wandel von revolutionärer Qualität*, die wir in der zeithistorischen Analyse mit der Kategorie des *Strukturbruchs* verkoppelt haben. Die Veränderung der Arbeitswelt im traditionellen Industriesystem und die Entstehung eines neuen Berufsprofils für Arbeiter und Angestellte in den Industrie- und Dienstleistungsfirmen des digitalen Kapitalismus können aus heutiger Perspektive als revolutionärer Wandel beschrieben werden. Die aus der Digitalisierung von Kommunikation und Information zunächst nur in kleinen Gruppen und allmählich hervorgewachsene *Cyberkultur* hat Wahrnehmung und Verhalten der Jugendkohorten seit den 1990er-Jahren stark beeinflusst und ist mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts rasch in die Gesellschaft hineingewachsen.

Ein weiteres Beispiel liefert die Politik der Privatisierung öffentlichen Eigentums – Post, Telefon, ÖPNV, Bahn, kommunale Betriebe. Sie hat im Ergebnis dazu geführt, dass die Loyalitätsbindung zwischen Bürger und Staat deutlich zurückgegangen ist. Wenn die Auffassung gilt, dass jedes Unternehmen mit öffentlichen Aufgaben primär den eigenen Nutzen beziehungsweise den seines *Shareholder-Value* im Auge hat und der Staat dieses Modell konsequent fördert, dann wandelt sich der Loyalitätsbezug von Bürger und Staat in eine bloße Kosten-Nutzen-Kalkulation im eigenen Interesse.³¹ Das verstärkt die Neigung jüngerer, aber nicht allein der jugendlichen Altersgruppen, sich aus der unbehausten Welt des Alltags *wegzuspacen*, sich in eine virtuelle Welt hineinzubewegen, die zu einer eigenen Realität werden kann. Die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden sozialkulturellen Trends werden durch nachlassende Bindungen an Verein, Jugendorganisationen und politische Parteien dokumentiert, aber auch durch die rückläufige Wahlbeteiligung in allen europäischen Ländern. Die Bedeutung der zurückgehenden Loyalitätsbindung kann man als ein Phänomen auffassen, das es in Zeiten politischer Veränderungen, wirtschaftlicher Krisen und unsicherer Zukunftsperspektiven immer wieder gegeben hat. In Verbindung mit dem Rückzug in die *virtuelle Realität* und in der Möglichkeit des Lebens in virtuellen Räumen erkennen wir einen revolutionären Wandel. Er wurde durch technische Neuerung ermöglicht, öffnet faszinierende Perspektiven, die es nie zuvor gegeben hat, und wirkt sich zugleich in gravierendem Ausmaß auf die soziale Wirklichkeit aus.

Im Zusammenspiel mit den kulturellen Auswirkungen öffentlicher *Freiheitspraxis* haben sich somit in der Gegenwart Verhaltensmuster ausgebildet, die nicht nur neu und anders sind, sondern die Kraft zu radikaler gesellschaftlicher Transformation aufweisen. Angesichts der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 und ihrer anhaltenden Folgen sind die dramatischen sozialen und politischen Konsequenzen des Finanzmarktkapitalismus inzwischen auch für Skeptiker dramatisierender Gegenwartsdiagnostik erkennbar geworden. Unter dem Signum der *Freiheit* sind seit 1980 die meisten *Sicherungssplinte* aus dem internationalen Finanzsystem entfernt worden. In der Welt des Kapitals sind Spielräume entstanden, die sich der Vorstellung des Arbeitnehmers – sei es in der Fabrik, sei es als regierende Persönlichkeit in irgendeinem Kabinett – völlig entziehen.³² Durch Privatisierung und Digitalisierung hat sich die Finanzwelt aus dem konsensualen Rahmen von Industrieproduktion, Arbeitsgesellschaft und Staat entfernt. Sie führt eine eigene Existenz in virtueller Realität. Die Effekte neoliberaler makroökonomischer Praxis haben dazu geführt, dass eine gewaltige Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben eingeleitet wurde und dadurch auf diesem Weg der *Konsens* widerrufen worden ist.

31 Vgl. Massimo Florio, *The Great Divestiture. Evaluating the Welfare Impact of the British Privatizations 1979–1997*, Cambridge (MA) 2004.

32 Vgl. Paul Windolf (Hg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus*, gesamt.

Jedes der hier exemplarisch beschriebenen Phänomene braucht man – für sich genommen – nicht als revolutionäre Veränderung betrachten. Ihre Koppelungsschleifen und ihre seit den 1990er-Jahren immer deutlicher hervortretende wechselseitige Verstärkung jedoch sind es, die von der zeithistorischen Forschung ernst genommen und untersucht werden müssen. Ihnen sollte die besondere Aufmerksamkeit künftiger Forschung gelten, damit die Beschäftigung mit den Jahrzehnten »nach dem Boom« nicht die Verbindung zu den Problemen unserer Gegenwart verliert.